

11 Für einen echten Politikwechsel!

Die Jusos Rostock empfehlen allen SPD-Mitgliedern gegen die Annahmen des Koalitionsvertrags zwischen SPD und CDU/ CSU per Mitgliedervotum zu stimmen. Dafür haben wir folgende Gründe:

Kein Politikwechsel erkennbar

Die SPD ist mit einem Regierungsprogramm angetreten, mit dem sie einen „Politikwechsel“ herbeiführen wollte. Wie bei der vorangegangenen Wahl haben wir ein für unsere Verhältnisse sehr schlechtes Ergebnis erhalten, trotz eines sehr guten Programms, mit dem die SPD wieder gestalten wollte. Das zeigt, dass wir verlorengegangenes Vertrauen nur mühsam wiedergewinnen können. Dennoch kann in einer solchen Situation die Frage nicht lauten, ob wir letzten Endes 47 oder 51 Prozent unseres Wahlprogramms umsetzen. Vielmehr müssen wir uns fragen, ob wir mit dem Ergebnis des Koalitionsvertrags noch glaubwürdig für die Inhalte stehen können, für die wir gewählt wurden. Es gibt 3 Hauptpunkte, an der wir unsere Kritik deutlich machen:

1. Die SPD-Spitze hat sich selbst mit ihren Koalitionsaussagen in eine Sackgasse manövriert

In den letzten Tagen wurde durch Medien und Äußerungen von Spitzenpolitiker_innen auch unserer Partei der Eindruck erweckt, als würde das Land, sollte das Mitgliedervotum negativ ausfallen, kopflos dastehen. Die SPD hätte lediglich die Wahl zwischen der Großen Koalition und Neuwahlen. Das ist aber falsch, weil dieser Blick offensichtlich andere Möglichkeiten entweder ausklammert oder für abwegig hält. Fakt ist, dass die Union auch ohne die SPD eine Regierung bilden kann, entweder mit den Grünen oder in einer Minderheitsposition. Gerade letzteres gehört in Demokratien, wie Schweden und Norwegen, zur Normalität. Warum soll dies nicht auch in der BRD möglich sein?

Die SPD – bzw. der Spitzenkandidat - hat sich allerdings selbst zu Beginn des Wahlkampfes in diese Sackgasse gebracht. Sie hat sich um die einzig realistische Machtoption gebracht, nämlich mit der Links-Partei und den Grünen zu koalieren.

Damit wird zum wiederholten Male eine linke Mehrheit abseits des bürgerlichen Lagers nicht genutzt.

2. Der vorliegende Koalitionsvertrag erfüllt nicht einmal die Mindestanforderungen, die der Parteikonvent für den Eintritt in eine Große Koalition beschlossen hat.

Am 20. Oktober beschloss der Parteikonvent einen Antrag, in dem 10 Punkte festgehalten wurden, die die SPD „im Lichte der Sondierungen[...] für unverzichtbar“ hält. Davon haben 4 konkrete Forderungen keinen Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden:

- Abschaffung der sachgrundlosen Befristung
- doppelte Staatsbürgerschaft
- konkrete Absage an die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur
- Grundgesetzänderung zur Kooperation in Bildungspolitik zwischen Bund und Ländern

Zwei Forderungen finden sich in abgeschwächter Form wieder:

- gleiches Geld für gleiche Arbeit soll es Leiharbeiternehmer_innen spätestens nach einer Beschäftigung von 9 Monaten geben
- ein allgemeiner, flächendeckender Mindestlohn wird erst ab 2017 verbindlich eingeführt

In wichtigen Kernfragen wurde also hinter dem Parteikonventsbeschluss zurückgeblieben. Wir fragen uns, warum vor diesem Hintergrund unser Verhandlungsteam das Ergebnis als Erfolg bezeichnen kann.

3. Der Koalitionsvertrag steht nicht für einen sozialdemokratischen Richtungswechsel.

Wir haben den Eindruck, als seien wichtige sozialdemokratische Vorhaben schnell während der Verhandlungen unter den Tisch gefallen. Wichtige Punkte wie die Bürgerversicherungen, die Erhöhung der Kapitalertragssteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die BAföG – Reform, die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung und ein Kurswechsel in der Europa-Politik bleiben aus.

Was diese elementaren Punkte angeht, wird sich die Lage der Menschen nicht verbessern, wenn nicht sogar verschlimmern.

Selbst in den Vertrag eingegangene Punkte betrachten wir als Mogelpackung. Allen voran...

- **Die Einführung des Mindestlohns ist durchsetzt von Hintertürchen**

Es gibt keinen allgemein verbindlichen Mindestlohn von 8,50 Euro brutto ab 2015; so sagt es der Koalitionsvertrag (S. 37 – 38). Von der Einführung ab 2015 bleiben bereits vereinbarte Mindestlöhne der Tarifpartner nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz ausgeschlossen. Etwa 1/3 der Beschäftigten im Niedriglohnsektor unterliegen solchen Mindestlöhnen; zumeist Leiharbeiter_innen, aber auch Arbeitnehmer_innen bei Wachdiensten und Wäschereien. Sie müssen bis 2017 warten. Bis dahin allerdings schlägt die Inflation zu. Die Europäische Zentral-Bank verfolgt dabei das Ziel von 2 Prozent. 2017 entsprechen die 8,50 Euro damit lediglich einer Kaufkraft von 7,85 Euro. Im selben Jahr, so der Vertrag, soll eine 7-köpfige Kommission aus Spitzen von Arbeitgeber_innen und Arbeitnehmer_innen gebildet werden, die über die Höhe des Mindestlohns – sowohl tiefer als auch höher – beraten soll. Die 8,50 Euro sind also keinesfalls sicher. An der Höhe können künftige Regierungen noch drehen. Zu guter Letzt könnten weitere Ausnahmeregelungen zum Beispiel für „Saisonarbeit“ eingefügt werden.

Wir finden, dass eine klare und unumstößliche Festlegung auf einen einheitlichen Mindestlohn von 8,50 Euro anders aussieht. Diese wahrscheinlich zentralste Forderung unseres Programms findet sich nur weichgespült und unsicher im Koalitionsvertrag wieder.

- **Mogelpackung Rente und Bekämpfung von Altersarmut**

Als Gewinn der SPD im Vertrag wird die Regelung zum sog. Vertrauensschutz bezeichnet. Versicherte, die 45 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben, sollen demnach ab Mitte 2014 mit 63 ohne Abschläge in Rente gehen können. Ausbildungszeiten gelten nicht als Beitragsjahre. Erziehungszeiten werden nur für 3 Jahre gezählt. Nur sehr wenige Versicherte dürften daher in dieses Raster fallen.

Gleichzeitig steigt die Schwelle für die Abschlagsfreiheit parallel zur Erhöhung des allgemeinen Renteneintrittsjahres auf 67 Jahre im Jahr 2030.

Fast ebenso schwer zu erfüllen, sind die Bedingungen für den Erhalt der solidarischen Lebensleistungsrente. Hier genügen 40 Beitragsjahre, in die auch bis zu 5 Jahren Arbeitslosigkeit fallen dürfen. 850 Euro monatlich empfinden wir allerdings zur Anerkennung der Lebensleistung als blanken Hohn. Für Deutschland lag die Armutsrisikoschwelle 2008 bei 925 Euro.

- **Kein Kurswechsel in Europa**

Auch in der Europapolitik wird dies deutlich – statt, wie im Wahlkampf versprochen, einen Kurswechsel vorzunehmen, hat sich die SPD auch hier das Heft vollkommen aus der Hand nehmen lassen und umschreibt mit leeren Phrasen, dass sie am Ende doch den bisherigen Kurs Merkels bedingungslos fortsetzen wird. Ein Blick in den Koalitionsvertrag genügt: Zwar gibt es unter dem Punkt zu „Europapolitische Verantwortung Deutschlands“ zu lesen, man wolle einen „neuen Aufbruch für ein politisch und wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa“ (S. 156), jedoch bleibt das Papier jede Frage nach dem „Wie?“ schuldig. Überhaupt erscheint uns der gesamte Abschnitt zur Europapolitik eher wie eine Pflichtübung – wie eine Beschreibung des Ist- und des Soll-Zustands – allerdings ohne einen einzigen konkreten Lösungsansatz; von Kritik am bisherigen Krisenmanagement ganz zu schweigen. Sprach die SPD im Wahlkampf noch von Solidarität mit den sogenannten Krisenländern und der Bekämpfung der desaströsen Jugendarbeitslosigkeit, bleiben in Verbindung mit der Union nur Lippenbekenntnisse übrig. Im Grunde wünschen die Koalitionäre in diesen Punkten die Fortführung der bisherigen Maßnahmen (S. 156-157). Daneben erscheint uns die Fixierung auf die Innenpolitik in Fragen der Europapolitik irreführend und zu kurzgreifend – sie ist weder zeitgemäß noch lässt sie vermuten, dass die Verhandelnden sich der Tragweite der Bedeutsamkeit Europas heute und in Zukunft sind.

Fazit

Wir müssen uns eingestehen, mit dem zweitschlechtesten Wahlergebnis der Nachkriegszeit keinen Politikwechsel in einer Großen Koalition herbeiführen zu

können. Dafür haben die Menschen uns aber gewählt. Wir bezweifeln ganz stark, dass sich die Mehrheitsverhältnisse unter diesen Bedingungen zur nächsten Bundestagswahl ändern, wenn nicht sogar zu Ungunsten der SPD verschlimmern. Einen erneuten Wahlkampf gegen den Kurs von Angela Merkel und der Union von der Regierungsbank werden uns die Wähler_innen nicht abkaufen. Mit diesem Koalitionsvertrag will die SPD soziale Schieflagen abfedern, aber nicht gestaltend handeln. Unsere Ideen und Konzepte sind es aber, die uns antreiben, nicht schlechte Kompromisse. Damit schwächen wir unsere Position bis 2017 erheblich. Wir könnten unser Gesicht als Sozialdemokratie wie bei der letzten Großen Koalition verlieren. Das kann nicht im Interesse vieler Menschen, die auf uns hoffen und uns brauchen, sein.